

## **Verkehrspolitische Ziele für 2030 und einige wesentliche Punkte der Agenda des Deutschen Städtetages für eine Verkehrswende aus kommunaler Sicht**

- Die Städte müssen Fragen von Lebensqualität und Umweltstandards besser in Einklang bringen können mit den Verkehrs- und Lieferströmen von heute und morgen.
- Schadstoffe und Lärm in den Städten sind noch weiter zu reduzieren.
- Die Städte benötigen geeignete Rahmenbedingungen, um die Luftreinhaltungs- und Klimaziele verwirklichen zu können. Dazu gehört die Einführung einer blauen Plakette, um Fahrzeuge nach Umweltwirkungen unterscheiden zu können.
- Der Bund muss die Autoindustrie in die Pflicht nehmen, die Emissionen an der Quelle, also an den Fahrzeugen zu reduzieren und bei bereits zugelassenen Diesel-PKW eine geeignete Hardware gegen zu hohen Stickoxidausstoß nachzurüsten.
- Der ÖPNV muss sich stärker an individuellen Bedürfnissen ausrichten und zusammen mit Fuß- und Radverkehr und in den ÖPNV eingebundenen Sharing-Systemen das Rückgrat des städtischen Verkehrs bilden.
- Individualverkehr sollte stärker über Sharing-Systeme erfolgen.
- Verkehrsflächen sind zwischen Fußgängern, Radfahrern und Autofahrern gerechter aufzuteilen.
- Verkehrs- und Mobilitätsmanagement sollte nicht in erster Linie den individuellen Autoverkehr flüssiger zu gestalten. Der Schwerpunkt sollte vielmehr darauf liegen, die Bedingungen für den „Umweltverbund“ aus ÖPNV, Rad- und Fußverkehr zu verbessern, Emissionen zu reduzieren und Verkehrssicherheit zu fördern.
- Mithilfe der Digitalisierung sollten bestehende Verkehrssysteme effizienter ausgelastet, optimiert und besser untereinander verknüpft werden.
- In der Regional- und Stadtentwicklung ist das Leitbild „Stadt der kurzen Wege“ stärker zu berücksichtigen.
- Regionale Wirtschaftskreisläufe sind zu stärken, weil sie Verkehr vermeiden helfen.
- Der Wirtschafts- und Lieferverkehr in den Städten ist mit Hilfen von Elektromobilität und dem Einsatz von Lastenrädern in Innenstadtbereichen umwelt- und stadtverträglicher zu gestalten.
- Bund und Länder müssen weiter Verantwortung für wichtige Verkehrsinfrastruktur in den Städten und Regionen übernehmen. Eine dauerhaft bedarfsgerechte Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur erfordert zunächst eine Investitionsoffensive für mindestens zehn Jahre. Das ist nötig, um die erforderlichen Veränderungen für nachhaltige und umweltgerechte Mobilität in Städten und Regionen finanziell zu ermöglichen.